

Das Blatt monatlich bei zweimaliger ...

Zeitung

Dreihundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen ...

Nr. 428.

Halle, Freitag, den 12. September.

1919.

Heimkehr aus amerikanischer Gefangenschaft. WTG. Frankfurt a. M., 12. Sept. Die Kriegsgefangenenfürsorge hat vom Ergebnis gefügt, daß vom 17. September ab täglich 2000 Mann der in amerikanischer Hand befindlichen Gefangenen ausgeliefert werden.

Der Wille zur Arbeit. WTG. Amsterdam, 11. Sept. Der auf die Leipziger Messe einfindende Sonderberichterstatter des "Telegraf" schreibt in einem Artikel: Der Wille zur Wiederherstellung, des Vermögens, sich der neuen Lage anzupassen, und Zuversicht seien in der deutschen Industrie in großem Maße vorhanden. Es fehle aber das Hauptelement, der Wille zur Arbeit bei den deutschen Arbeitern.

Französisches Entgegenkommen. Berlin, 12. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Wie von antersichtiger Seite verlautet, macht die französische Regierung bei den Verhandlungen der Wirtschaftskommission neuerdings Versuche, die deutsch-französischen Wirtschaftsinteressen zu verknüpfen. Das geht daraus hervor, daß Frankreich aus eigener Initiative bereits in bestimmten Fragen, wie der Regelung des Verkehrs in den besetzten Gebieten, der Regelung der Rheinischfahrt, der Frage der Internationalisierung des Danziger Hafens usw., ein ziemlich weitgehendes Entgegenkommen zeigt.

Die französischen Strafen in Mainz. Mainz, 12. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) General Mangin hat angeordnet, daß fortan statt der verhängten Gefängnisstrafen auch Geldstrafen bezahlt werden können. So darf eine Gefängnisstrafe von drei Monaten durch Zahlung von 5000 Franken abgekauft werden.

Feindliche Drohungen. Basel, 12. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) "Daily Express" meldet, daß falls Deutschland das neue Ultimatum, das ihm zugesagt, nicht sofort annehmen sollte, nicht an eine Beilegung einer Sache gedacht werde, sondern weitergehende Maßnahmen ins Auge gefaßt werden sollen. Gewöhnliche und französische Truppen werden in diesem Falle in die neutralen Zone einmarschieren. Froch hat bereits den Auftrag erhalten, die entsprechenden Maßnahmen gegen Deutschland zu treffen.

Erneute Briefzensur im Elsaß. Straßburg, 12. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Die Briefzensur ist wieder eingeführt worden und die Einfuhr aller Waren verboten. In El. Arnold wurde eine große Arbeiterversammlung, in der über die politische Lage Bericht erstattet werden sollte, durch französische Truppen gesprengt. Ein Protest der Umwohner blieb ohne Erfolg. Die Stimmung im Elsaß ist immer noch feindselig.

Bürgerwehren im besetzten Gebiet verboten. Aachen, 12. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Der französische Oberbefehlshaber im besetzten Gebiet hat die Bürgerwehren verboten, das es verboten sei, Bürgerwehren und ähnliche Einrichtungen zu schaffen, in denen militärischer Geist gepflegt und militärische Propaganda getrieben werden soll.

Die Hohkönigsburg als Museum. Frankfurt a. M., 12. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Die Hohkönigsburg, deren Ruine von der Gemeinde Schlettstadt dem Kaiser zum Geschenk gemacht worden war, ist jetzt in ein eisenstäbliches Nationalmuseum umgewandelt worden.

Wie Frankreichs Abrüstung ausfällt. Basel, 12. Sept. (Eigene Drahtnachricht.) Wie das "Journal" meldet, sieht der neue französische Heeresetat gegenüber dem Stand vom Jahre 1914 eine Verstärkung von zwei Armeekorps, die sich namentlich aus Schützen und Kolonialtruppen zusammenfügen sollen.

Die Engländer wollen Ruhrkohlenzeden kaufen. Berlin, 12. September. (Eigene Drahtnachricht.) Von unterrichtiger Seite erfahren wir, daß sich englische Firmen gegenwärtig um den Kauf von Kohlenzeden in Ruhrrevier bemühen.

Französisches Mißtrauen gegen England. Berlin, 12. September. (Eigene Drahtnachricht.) Wie zuverlässig verlautet, hat die französische Regierung gegen England ein sehr starkes Mißtrauen wegen der angeblichen Unterstützung der amerikanischen Senatsopposition durch englische politische Kreise. Frankreich, das gegenwärtig das Bestreben hat, mit Willens Heranzug einer Partei zu schließen, steht mit großer Besorgnis fest, daß Konsulten französischen Pressendirektionsbemühungen sehr kühl gegenübersteht.

Die Verrechnung in Nordfrankreich. Berlin, 12. September. (Eigene Drahtnachricht.) Wie zuverlässig verlautet, haben die bisherigen Beratungen der deutschen und alliierten Kommission über den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete an einer

präzisen Festlegung der Kostenübernahme Deutschlands gefaßt. Es hat sich herausgestellt, daß die Wiederaufbauarbeiten nicht unbedingt den Stand von früher wieder herstellen können, vielmehr müssen auch besondere Verbesserungen im Verkehrswesen, sowie anderen industriellen Anlagen getroffen werden. Aus diesem Grunde soll nun die ganze Frage geteilt werden und zwar: 1. in die Festlegung der von Deutschland zu leistenden Schäden; 2. in die Festlegung der Gesamtkosten durch den neuen Wiederaufbau. Deutschland soll nur den angerichteten Schaden vergüten. Was die übrigen beträgt, wird in der Gesamtrechnung als Debit angerechnet werden, die Mehrleistung für neue Anlagen im Wiederaufbaubereich auf den Kredit Deutschlands fallen.

Ausgleichungen in Boston. WTG. Boston, 11. Sept. (Neuter.) Gestern Abend kam es infolge des Polizeiaustritts zu weiteren Ausgleichungen. Es wurde eine starke Truppenabteilung zur Wiederherstellung der Ordnung aufgestellt. Bei den Kämpfen in der Straßen wurden drei Personen getötet und mehrere verwundet.

Beschlüsse des britischen Gewerkschaftskongresses. WTG. Amsterdam, 12. Sept. Nach einer Neutermeldung aus Glasgow hat der Gewerkschaftskongress eine Resolution zugunsten der direkten industriellen Aktion in politischen Fragen mit harter Mehrheit angenommen.

Ein Balkenkongreß. WTG. Wien, 11. Sept. Das Programm der gestern eröffneten Konferenz der Staatsmänner der baltischen Staaten umfaßt 1. die Frage der Festlegung von Grundlinien für die politische Einigung dieser Staaten, 2. die Frage einer Militärkonvention für die Kriegszeit, 3. die Frage einer wirtschaftlichen Konvention.

Der Ententebericht über Oberschlesien. Berlin, 12. September. (Eigene Drahtnachricht.) Die obersteichische Note der Entente, die gestern hier eingetroffen ist und heute Abend veröffentlicht werden soll, enthält im wesentlichen nur die Wiedergabe des Berichtes, den die Entente-Kommission für Oberschlesien nach Paris einbrachte. Dieser Bericht ist, wie verlautet, in ruhiger Form gehalten. Er stellt keine Forderungen an, wodurch die preussisch-schlesischen Hoheitsrechte in Oberschlesien angefaßt würden. Von Paris aus wird zu diesem Bericht bemerkt, daß der Obersteichische Bericht objektiv prüfen werde und an der Verhängung der Beschlüsse in Oberschlesien mitwirken bereit sei. Reichs- und Staatskommissioner Höpffig ist in Berlin eingetroffen.

Die Gefahr des Berliner Metallarbeiterstreiks. Berlin, 12. September. (Eigene Drahtnachricht.) Die Gefahr eines Streiks in der Berliner Metallindustrie ist ungeachtet der beruhigenden Erklärung des Verbandes der Berliner Metallindustrie in unmittelbarer Nähe gerückt.

Deutsche Arbeiter nach Nordfrankreich. Berlin, 12. Sept. Laut "Volks-Anz." haben die Berliner Beschäftigten über den Wiederaufbau zu einem Liebeserkenntnis über die Entsendung von Arbeitern gefaßt.

Vorzügliche Weizenerte in Amerika. Amsterdam, 11. Sept. Dem "Allgemeinen Handelsblatt" zufolge wird die Weizenerte in den Vereinigten Staaten auf 923 Millionen Scheffel geschätzt oder 6 Millionen Scheffel mehr als im letzten Jahre und 132 Millionen Scheffel mehr als der Durchschnitt der Ernte in den letzten fünf Jahren.

Alarmnachrichten aus dem Teschner Gebiet. Prag, 11. Sept. In der Prager Burg ist eine Depesche des Ministers des Äußeren Benedix aus Paris angelangt, der zufolge die Teschner Frage zu Ungunsten der Tschechen entschieden ist. Die Klubmänner aller scheidenden Parteien tagen in Veranlassung bei dem Ministerpräsidenten Masaryk in der Burg. Die Pariser Delegation hat die Weisung erhalten, den Vertrag, der Tschechen an die Polen ausliefert, nicht zu unterschreiben, sondern sofort heimzureisen. Aus dem Teschner Gebiet laufen Alarmnachrichten ein, daß die tschechischen Bergarbeiter auf eigene Faust Widerstand leisten wollen.

Französische Offiziere als Soldaten in Saarbrücken. Nach den Berliner Morgenblättern sind in letzter Zeit mehrere französische Offiziere, darunter auch ein Sohn des Generals Andauer, nach Frankreich zurückgeschickt worden, und zwar wegen algerischer Beteiligung an dem Saarbrückener Schieberhandel. Befehrs in Paris und Saarlautern wurde nach dem letzten Rheinvergehen.

Kautsky über die Bolschewisten.

Der Führer der Unabhängigen, Karl Kautsky, hat in einem Vortrag "Neues Vaterland" als "einen Beitrag zur Naturgeschichte der Revolution" ein Werk unter dem Titel "Le rôle de la révolution russe" veröffentlicht. Das Werk enthält eine kritische Würdigung der russischen Bolschewisten und damit auch an ihren deutschen Nachbarn, den Spartakisten, übt. Es wird an beiden Seiten, Kautsky selbst sprechen zu lassen: "... Auch nur zu Ueberzeugung blieb keine Zeit. Mit wenigen wichtigen Schlägen wurde der Bau des russischen Kapitalismus in Trümmer geschlagen." Er schildert Kautsky den Beginn der Herrschaft der Bolschewisten. Er hebt hervor, daß die Erhebung der kapitalistischen durch eine sozialistische Produktion 2 Momente umfaßt, eine Eigentums- und eine Organisationsfrage: "Von diesen beiden Umwandlungen ist die des Eigentums die einfachste. Nichts leichter, als die des Kapitalismus expropriieren. Was ist eine bloße Nachfrage? Nicht so einfach wie das Expropriieren geht das Organisieren. Kautsky schreibt:

Ein kapitalistischer Betrieb ist funktioneller Organismus, der seinen Kopf in dem Kapitalisten oder dessen Stellvertreter hat. ... Die Kapitalisten müssen aufhören, nach einem Organismus zu schaffen, der imstande ist, ebenjocht, ja noch besser, ohne der kapitalistischen Kopf zu funktionieren. Das erfordert eine Reihe von Vorbedingungen materieller und menschlicher Art, eine hohe Entfaltung kapitalistischer Organisation nicht nur der Produktion, sondern auch des Verkehrs und der Postkommunikation, erfordert aber auch ein Proletariat, das sich seiner Pflichten nicht mit gegen seine nächsten Genossen, sondern gegen die gesamte Gesellschaft bemüht ist, das die Gemeinbesten freiwilliger Disziplin und der Selbstverwaltung durch langjähriges Wirken in Massenorganisationen erlangt hat, das endlich intelligent genug ist, das Bewußtsein der Arbeiter, den wissenschaftlich geordneten Charakter des Betriebes zum gemeinsamen Annehmen zu unterbreiten. Wo diese Bedingungen nicht gegeben sind, kann der Kapitalismus nicht dauernd und mit Erfolg dem Sozialismus abgelehrt werden. Und auch in jenen Gebieten und Industriezweigen, in denen diese Bedingungen bereits genügend hoch entwickelt sind, muß die sozialistische Organisation ein eingehendes Erfordernis der tatsächlichen Verhältnisse sorgfältig vorbereitet werden, denn die Formen, welche die neue Organisation jemals annehmen hat, sind nicht für alle Industriezweige, alle Länder, alle Zeiten und vornehmlich gegeben, sind nicht für fertige Utopien" oder ewige "Sozial" sondern können unter Umständen sehr verschieden sein und müssen den jeweiligen Bedingungen aufs zweckmäßigste angepaßt werden, wenn sie erfolgreich wirken sollen. Beide Momente der Sozialisierung, die Entzweiung und die Neuorganisation, müssen aber in enger Verbindung bleiben, denn nicht an Stelle der bisherigen Produktion ein Chaos und schließlich Stillstand eintreten soll.

Die Massen in Rußland aber waren ungebildet, sie wollten nicht warten. Kautsky sagt: "Um sie zu betören, geschrieben die Bolschewisten, als sie an Rußland kamen, den Prozess der Sozialisierung in zwei Teile trennten sie beide Momente, obwohl der eine ohne den anderen nichts Lebensfähiges schaffen kann. ... Was ein zukunftsgerichtetes und nur im Verein wirken konnte, wurde auseinandergerissen. ... In der verteilten Fabrik besaßen die Arbeiter nicht nur Lohn, nur nicht mehr vom Kapitalisten, sondern vom Staat. Die Höhe ihres Einkommens hing weit weniger vom dem Ausmaß ihrer produktiven Leistungen als von dem Ausmaß ihres Druckes auf die Staatsgewalt ab. Diese hatte auch den Blick wie die Rohstoffverwertung zu bemerksamen. Es hätte einer wohlhabendsten und hochintelligenten Arbeiterklasse beherrschte, die erkannte, in wie hohem Maße das gesellschaftliche Geben und Nützlich sein durch den Staat und den Staat durch die Arbeit abhing, um unter diesen Umständen die Produktion erfolgreich im Gang zu halten. Auch mit einer solchen Arbeiterklasse dürfte man nur dann eine wirksame Produktion erlangen, wenn die nötigen organisatorischen Maßnahmen getroffen wurden, die außer den Arbeitern auch der Staatsgewalt und den Konjunkturalen des nötigen Einflusses auf den einzelnen Betrieb und den ganzen Industriezweig gewährten, und wenn Anreize zur Arbeit geschaffen wurden, die kapitalistische Antreiberer hinreichend leisteten. Jetzt fehlte nicht nur die Organisation, auch der Arbeiterschaft fehlte die nötige Intelligenz und Disziplin, um so mehr, als der Krieg und seine Konsequenzen die bisher ungenutzten und unentwickelten Teile des Proletariats in wilde Erregung versetzt hatte."

Kautsky fährt in seiner Schilderung fort: "Wie sich unter diesen Umständen die Produktion in den expropriierten Betrieben gestaltete, ist klar. Man schraubte die Löhne so hoch, als es ging, und lieferte dafür ein Minimum von Arbeit. Um das zu erleichtern, wurde die Alfordarbeit abgefaßt. Da kam es zu Erregungen, wie in den Putzloswerken in Petersburg, die in einem Zeitraum, in dem sie 96 Millionen Rubel Staatsunterstützung bezogen, ein Produkt im Gesamtwert von 15 Millionen lieferten. Nur der schrankenlose Gebrauch der Votempresse ermöglichte es, den unermesslichen Wert dieser Wirtschaft etwas hinanzuschreiben."

Erst recht entzogen sich die Arbeiter den unangenehmen, schmutzigen, beschwerlichen Arbeiten. Da fanden die Bolschewisten eine neue Lösung. Kautsky schreibt: "Sie entzogen zwar nicht den sozialistischen Grundlinien, wohl aber der Massenphäre erzeugter Arbeitermassen. Sie führten einfach die Arbeitspflicht ein. Jedoch nicht die Arbeitspflicht für die bisher als Lohnarbeiter tätigen. Worauf das denn die Arbeitspflicht anlegten, da unter dem Einfluß der neuen Sozialpolitik eine Fabrik nach der anderen wegen Mangel an Rohstoffen oder an Betriebsmaterial oder wegen Transportbehindern den Betrieb einstellen mußte, so daß die Zahl der Arbeiter wuchs, die keine Arbeit fanden. Nein, die Arbeitspflicht wurde nur denjenigen auferlegt, die man unter dem Vorwand, daß sie nicht arbeiten, reallos gemacht hatte — den Bourgeois." An Stelle der allgemeinen, formalen Demokratie" setzte sie die Räterepublik die proletarische Demokratie. Nur die Arbeitenden sollten politisch

Wiese Rechte haben, nur so einsetzend gerichtet und nachteilig ge-
richtet sein. Umgehend ein ganz isolierter Staat, der nur einen
kleinen Rest der Bevölkerung hat, die nur den Nachschub für die
Arbeiterkräfte, die nur den Arbeiter des Nachschub gibt, und
die heute ist noch nicht das Preisstättel gefüllt: Wer ist ein
Arbeiter? Von verschobenen Kommunen bekommen wir darauf
eine sehr verschiedene Antwort. In der Sowjetrepublik wurden
den Bourgeois nicht bloß die Produktions- und Konsumtions-
mittel ohne jede Entschädigung genommen, nicht bloß alle ver-
fügbare Rechte man unterwarf sie gleichmäßig — und nur sie, der
Arbeitspflicht. Sie sind die einzigen in Russland, die verpflichtet
sind, zu arbeiten, und doch diejenigen, die entrichtet sind, weil sie
nicht arbeiten! In die Kategorie der Arbeiter oder Bourgeois
wird man in Sowjetrußland nicht eingeteilt nach den Funktionen,
die man ausübt, sondern nach dem, was man vor der
Revolution war. Die Bourgeois erscheinen in der Sowjet-
republik als eine besondere Menschengattung, deren Kennzeichen
unverwundbar sind. So wie ein Neger ein Neger bleibt, ein
Mongole ein Mongole, so immer er sich zeigen und wie er sich
halten mag, so bleibt der Bourgeois ein Bourgeois, auch wenn
er zum Arbeiter wird oder von seiner Arbeit. Und wie lebt!
Die Bourgeois haben die Pflicht zu arbeiten, aber sie haben
nicht das Recht, diejenige Arbeit zu tun, die sie verstehen, und
die ihnen am besten entpricht, sondern sie werden gezwungen,
die unmöglichen und widerwärtigen Arbeiten zu verrichten, die
den anderen Klassen, besonders die niedrigeren Klassen, eine
Annoyance, die ihnen nicht einmal gelitten, ihren Hunger zu
stillen. Ihre Lebensmittellieferungen mögen nur ein Viertel der-
jenigen der Soldaten und der von der Sowjetrepublik in ihren
Fabriken unterhaltenen Arbeiter aus. Wie die ein Pfund Brot
bekommen, fünf Pfund nur ein ein Viertel Pfund zu, was ihnen
für Mühe und Arbeit kostet, immer nur ein Pfund. Aus diesem Bestim-
mung kommt nicht kein Saug mehr von Bekleidungen, das Proletariat
auf eine höhere Stufe zu heben, eine neue, höhere Lebens-
form heranzubilden, sondern nur noch der Nachdruck des
Proletariats in einer unentwickelten Form, das sein Glück
darin sieht, endlich einmal auf dem Gebiet von Schicksal zu
erleben, besser verstanden, besser Wohnen, besser unter-
stützt, nach Belieben herumtrampeln zu können.

Als widerlicher Beweis für diesen Nachdruck führt
Kantshy einen Entlass der Arbeiterin von Wurljowka
vom 16. September 1918 an:

„Die Kommittee gibt hiermit dem Genossen Gregor Scharoff die
Bollmacht, nach seiner Auswahl und nach seinen Anordnungen
für den Gebrauch der Wurljowka, Schicht von Schicht, ge-
hörigsten der Wurljowka 60 Frauen und Mädchen der Klasse
der Bourgeois und Spekulantinnen zu rekrutieren und in die Ka-
serne zu überführen.“

Jedes Wort der Kritik über diese Zustände würde
den Wert der Schilderungen abschwächen. Deren Be-
deutung beruht darauf, daß ihr Verfasser Karl Kantshy
ein hervorragender Führer der deutschen Unabhängigen
ist, also einer Gruppe, die den Zielen und Bestre-
bungen der Bolschewisten zum mindesten nicht unfreund-
lich gegenübersteht.

Unsere Fleisch- und Wurstversorgung.

Der Verbandstag der deutschen Fleischer verhandelte
weiter über Kommunalbeschaffungen, Wurstmacherei und
Konjunkturherstellung. Es wurde folgende Entschloßung an-
genommen:

„Der deutsche Fleischerverband fordert mit Rücksicht
auf die Wiederbeschäftigung der im Fleischerhandwerk tätigen
Unternehmer und Hilfskräfte die alsbaldige Beseitigung
der kassierten Schlachtungen und Wurst-
macherei. Der Verbandstag nimmt ferner einmütig
Stellung gegen das Bestreben der Reichsregierung, die
Wiederbelebung der Wurstmacherei, entgegen den Inter-
essen der Allgemeinheit und seit des gesamten Fleischer-
gewerbes, in die Hand einiger großer Privat- und Aktien-
unternehmungen zu legen. Er fordert, daß die eingeführten
Auslandsprodukte dem Fleischergewerbe zu gesehrt
werden, daß jede Beschränkung des Großkapitals vermindert
und Beschäftigungsmöglichkeit für mittlere und kleinere
Betriebe zur Wiederbelebung ihrer Geschäfte eintritt. Bei
der Knappheit des frischen Fleisches ist die Verarbeitung
von frischem Fleisch nur in den allerdringenden Fällen zu-
zulassen.“

Hierauf berichtigte Mangold-Halle über „Natio-
nalisierung und Preisregelung“ (S. 107/108). Nach seinen
Ausführungen nannte die Versammlung einstimmig folgende
Entschloßung an:

„Die behördliche Verordnungsregelung
kann nur als eine große Selbsttäuschung betrachtet
werden. Die staatliche Autorität ist fast allgemein derart
untergraben, daß nicht daran gedacht werden kann, auf diesem
Wege wieder annehmbare Verhältnisse herbeizuführen. Der
deutsche Fleischerverband schlägt deshalb vor, die aus
dem Ausland eingeführten Fleisch- und Fettwaren
dem freien Verkehr zu überlassen und die Nationalisierung
von inländischem Fleisch bis auf weiteres derart aufzuheben,
daß unter Ausbeutung der kommunalen Regie-
rungen und Wurstmehlfabriken der Fleischgewinn nur die
bisherige Kopianze nicht zu hohen Preisen zugeführt wird,
jedoch den Fleischern die Verwertung des zu einer be-
stimmten Stunde nicht abgeforderten Fleisches und der Wurst-
waren überlassen bleibt.“

Das Reichskabinett über die oberkassische Frage.

Berlin, 12. Sept. Wie die „D. Allgem. Ztg.“ erzählt,
hat gestern im Anblich des preussischen Ministerpräsi-
denten und der beteiligten Minister, so insbesondere eines
Vertreters des Auswärtigen Amtes, eine Kabinettsitzung
stattgefunden, in der die oberkassische Frage eingehend be-
sprochen wurde.

Wird das Ruhrkohlengebiet besetzt?

Zu der auch von uns wiedergegebenen Nachricht des
Allg. Handelsblatts von einer bevorstehenden Besetzung
des Ruhrkohlenreviers wird von zuständigen Berliner
Stellen gesagt, daß von einer solchen nicht die Rede sein könne.
Es möge wohl zutreffen, daß eine solche Besetzung
den Franzosen beliebt. Den unmittelbaren Anlaß
hierzu gibt ja der Artikel 16 der Anlage 2 zu Artikel 244
des Friedensvertrages, der vorzuschreibt, daß wir im Falle
der Wiederherstellung des Friedensvertrages alle Maß-
nahmen der Entente anzuerkennen haben. Es wäre also
nicht von der Hand zu weisen, daß in einem solchen
Falle Frankreich von der Besetzung des Ruhr-
reviers sprechen würde. Eine Anerkennung des
Friedensvertrages würde für uns ergeben, wenn unsere
produktive Leistungsfähigkeit durch Streiks und Aus-
stände herabgemindert wird, so daß sich die Entente zu
unsern Maßnahmen gezwungen sieht. Es liegt daher in
unserem eigenen Interesse, unsere Produktion, insbe-
sondere die Kohlenförderung, zu heben, so daß die
Forderungen der Entente erfüllt werden. Jedenfalls
besteht bei jetzt noch keine Gefahr einer Besetzung des Ruhr-
reviers.

Über, so möchten wir noch einmal ganz ausdrücklich her-
vorheben, die Besetzung wird erfolgen, sofern nicht
genügend Kohlen geliefert werden. Die Entente würde dann
die Bewirtschaftung selbst in die Hand nehmen und die
Verdrängung der Kohlen würde in erster Linie die deut-
schen Arbeiter, deren Arbeitszeit und
Lohnhöhe dann von der Entente festgesetzt
würde.

Der beschleunigte Abtransport unserer Gefangenen aus England.

Rotterdam, 11. Sept. Reuter meldet: Die Kriegs-
gefangenentransporte aus England über Frankreich werden
ab 15. September täglich 4200 Mann betragen. Wei-
tere Erhöhungen der Zahl der Heimzuführenden sind mit
der Bereitstellung von Transportmitteln für die vierte Sep-
temberwoche zu erwarten.

In Berlin ist am Mittwoch unter dem Vorsitz des
Obersten Bauer vom Kriegsministerium eine Sitzung aller
beteiligten Dienststellen statt, die sich mit der Rückfüh-
rung der deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat befaßte.
Die Hauptfrage ist die bei der Heimführung
hört die Wahrung der Interessen. Die Gekerkung von
vollständem Material dagegen, macht ebenso viele Fortschritte
wie die Charterung von Schiffraum. In England be-
finden sich jetzt 95 000 deutsche Gefangene. Die englische
Regierung hat sich bereit erklärt, wöchentlich 3000 Mann auf
eigenen Schiffen nach Rotterdam zu führen, und die
holländische Regierung hat die Verzung ihrer Eisenbahn-
strecken für den Transport nach dem Rheinland bereits zu-
gepflegt. Der größere Teil der in England befindlichen deut-
schen Gefangenen wird allerdings auf dem längeren Wege
über den Kanal nach Calais und von dort nach Köln gebracht
werden. Jedenfalls wünscht England den Abtransport so
zu beschleunigen, daß in 30 Tagen kein deutscher Gefangener
mehr in England ist.

Die Reichsgerichtsstelle für Kriegs- und Zivilgefangene
teilt noch mit, daß mit Genehmigung der englischen Regie-
rung die in Malta befindlichen deutschen Gefan-
genen jetzt in die Heimat zurückgeführt werden.

Die Entente-Kommission von polnischen Banden beschoßen.

Die nach dem Entschloß des Reichspräsidenten in Oberschlesien
übergeleitete Entente-Kommission wurde in der
Nähe des Schlosses von polnischen Banden jenseits der Grenze
beschoßen, es wurde jedoch niemand verletzt.

Unruhe in Mittel-Schlesien.

Breslau, 11. Sept. Vor kurzem war ein bewaffneter
Haufe auf dem Schloß Ledebore bei Striegau des Freiherren
von Roschbahn erschienen und hatte mit Gewalt die dort
aufbewahrten Waffen der Einwohner weggeworfen.
Auf Veranlassung des Generalkommandos d's
6. Armeekorps hat in dieser Angelegenheit in Striegau eine
Kriegs- und Polizeikommission von 12 Mitgliedern
eingesetzt. Die Arbeit dieser Kommission ist im Gange.
Inzwischen ist die Stadt wieder sich dem Landstrich
gegenüber bedrohlich präsentieren und es war das Landstrich
von der sofortige Beseitigung der Angelegenheit bei An-
drohung des Generalkommandos verlangten. Ein-
gewonnen den Landrat Freiherren von Roschbahn, zusammen
mit dem eigenen Vertrauensleuten sofort im Auto nach
Breslau zu fahren, um dort die Freilassung zu erwirken.
Wenden die Verhandlungen aufschweben, so wollen sich
die Arbeiter heute abend ins Waldenburger Grubenrevier
begeben und die Bergleute zu bewegen, daß der General-
streik anzuheben.

Der Bismarckische deutsch-russische Rückversicherungs- Vertrag.

Berlin, 12. Sept. Die „D. Allgem. Ztg.“ veröffent-
licht den Wortlaut des deutsch-russischen Rückversicherungs-
vertrages vom 18. Juni 1887 nebst einem ganz ge-
heimen Zusatzprotokoll. Im ersten Artikel wird
festgelegt, daß die im Falle, daß einer der vertragsschließen-
den Teile mit einem dritten Staat einen Krieg beschließen
sollte, der andere ein solches Kriegszustand in der Neutralität
bewahrt und seine Truppen zurückzieht, den Streit zu
lösen. Diese Bestimmung soll auch einen Angriffskrieg
eines der vertragsschließenden Teile gegen Dänemark
oder Frankreich keine Anwendung finden.
Im Artikel 2 erkennt Deutschland Rußlands Rechte auf
der Balkanhalbinsel an und insbesondere die Rechts-
michtigkeit seines einflussreichen Einflusses in Bulgarien
und Rumelien. Die beiden Teile verpflichten sich,
keine Veränderung des territorialen Status quo der genannten
Gebiete ohne vorheriges Einverständnis zuzulassen und sich
jedem Versuch, diesem Status quo Abbruch zu tun, zu wider-
setzen.

Im Artikel 3 erkennen beide Teile den europäischen und
Asiatischen Charakter des Grenzgebietes der Schließung von
Bosphorus und Dardanellen an. Im Falle einer
Besetzung, oder um einer drohenden Besetzung vorzubeugen,
werden die beiden Teile die Türkei erklären, daß sie un-
terirdisch als im Kriegszustand gegenüber dem ver-
letzten Teile befindlich anzusehen werden.

Der Artikel 4 setzt die Dauer des Vertrages auf drei
Jahre fest.

Im ganz geheimen Zusatzprotokoll, das einen unter-
einander Bestandteil des Vertrages bilden soll, wird bestimmt,
daß Deutschland wie bisher in Rußland beistehen
wird, in Bulgarien eine gesetzmäßige Regierung wieder-
herzustellen. Es verpflichtet, in keinem Fall seine Zustimmung
zur Wiederbelebung des Prinzen von Battenberg zu geben.
Alle den Fall, daß der Kaiser von Rußland selbst die Be-
sehung des Prinzen von Schwarzen Meer über-
nimmt, verpflichtet sich Deutschland zu wohlwollender Neu-
traalität und zur moralischen und diplomatischen Unterstützung
der Maßnahmen des Kaisers von Rußland, um den Schlüssel
seiner Reiches in die Hand zu behalten.

Ein verdeckter Anschlag auf die Türkenkassene in München.

Dat. „D. Allg. Ztg.“ wurde in München am 11. Sept. bekannt-
gegeben, daß dort ein Mann aus einem auf dem Hof des
Türkenkassens lebenden E-Feld, das er selbst geliehen hatte,
einen schmerzhaften Schuß auf die Kassene abgegeben hat,
durch den ein Arbeiter und zwei Pferde getötet
wurden. Der Mann wurde von Angehörigen der dort unter-
gebrachten Reichswehr verhaftet. Es steht nach der
sofort aufgenommenen Untersuchung fest, daß ein Walslag

auf die Kassene geplant war. Wahrscheinlich sollten die in
der Nähe lebenden Munitionsvorräte zur Explosion
gebracht werden.

Deutsches Reich.

Die Welfen wieder am Werk.

Die „Rhein-Post, Ztg.“ meldet: Die Welfen entwickeln
in Hannover eine lebhaftige Tätigkeit zur Vorbereitung
von Putschversuchen in Preußen. In allen Dörfern und
Landstädten werden Vereinigungen gebildet. Bei Kreisen
sowie anderen fröhlichen Zusammenkünften treten
Vortragsredner und Agitatoren auf, die die Volkmenge von der
bringenden Notwendigkeit der Vorbereitung von Putschversuchen
überzeugen versuchen.

Frische Fische aus Holland.

Letzt hat die Verhandlungen mit den holländischen Fischerei-
kommissionen abgeschlossen, da infolge des Kohlen-
mangels sich kein Weg gefunden hat, diese zu veranlassen, mit
frischgefangenen auf deutsche Häfen zu fahren. Aus diesem
Grunde ist man jetzt dazu übergegangen, den freien Handel
mit frischen Fischen gegenüber Holland unter gewissen Be-
dingungen zu gestatten. Jeder deutsche Fischhändler darf mit
den holländischen Exporteuren in Verbindung treten, um dort
frische Fische zu beziehen. Es stellt dieser neue Weg, um die
holländische Fischerei für den deutschen Markt mündlich zu
machen, einen Versuch dar, der nicht einseitig sein darf, wenn
auch die Anwartschaften voranzutreiben sollten. Es muß ab-
gewartet werden, ob die durch den schlesischen Absatzdruck beding-
ten hohen Preise es auf die Dauer möglich machen werden,
den so eingeführten freien Handel aufrecht zu erhalten.

Eine feste Ente.

Rotterdam, 12. September. (Eigene Drahtnachricht.) Aus
Paris wird der „Times“ nach einem drastischen Bericht aus
Kontinental gemeldet, daß die General v. d. Goltz als Russe
erklärt habe und Kojala General werden würde. Der
Korrespondent sagt, das Gerücht ist zwar noch nicht bestätigt,
aber es ist doch nicht aus der Luft gegriffen. General v. d. Goltz
hat mit 60 000 Mann in Italien, 25 000 Mann in Afrika mit
60 000 Mann in Ostpreußen.

Das Reich übernimmt die einzelstaatlichen Kriegs- schulden.

Wie bekannt, hat Preußen gegenüber dem Reich die den
Anspruch erhoben, daß das Reich für alle aus dem Kriege
den Einzelstaaten entstehenden Schulden aufzukommen
habe. Wie hierzu vorläufig wurde von der Reichs-
regierung dieser Anspruch einstimmig als begründet an-
erkannt. Eine dahingehende Erklärung der Reichsregierung
ist in Kürze zu erwarten. Als selbstverständliche
Konsequenz dieser Haltung darf wohl auch die Übernahme
der reinen Kriegsschulden der Gemeinden durch das
Reich erwartet werden.

Wann ist Neuwahl des Reichspräsidenten?

Nachdem die neue Reichsverfassung am 11. August von
dem Reichspräsidenten unterzeichnet und mit dem Datum des
gleichen Tages verkündet worden ist, sind Zweifel darüber
entstanden, wann die vorgeschriebene Neuwahl des Reichs-
präsidenten, vor allem aus welchem frühesten Ter-
min die Neuwahl zum Reichstag vorgenommen werden
könne. Wie die „D. Allg. Ztg.“ am vorgedruckten Stelle
erklärt, hängt die Vornahme der beiden Wahlen von der tun-
lichst zu beschleunigten Verabschiedung besonderer
Wahlgesetze ab, die so schnell wie möglich der National-
versammlung unterbreitet werden sollen.

Kontrolle der Leistungsfähigkeit unserer Kohlen- wirtschaft.

Berlin, 11. Sept. Zur Kontrolle der Leistungsfähigkeit
der deutschen Kohlenwirtschaft wird, der „D. Allg. Ztg.“ zufolge,
in den nächsten Tagen eine interalliierte Kom-
mission in Deutschland einreisen. Am Mittwoch
nachmittag hat das Reichskabinett in einer Beratung ge-
schlossen, an der auch Mitglieder der verschiedenen Regierungen teil-
nahmen und in der ausführlich die Kohlenfrage be-
sprochen wurde. Die Prüfung der notwendigen Maßnahmen
hat jedoch noch zu keiner Entscheidung geführt.

General Maeder Oberbefehlshaber der kassischen Reichswehrtruppen.

Zum Oberbefehlshaber der Reichswehrtruppen in Cassien
ist General Maeder ernannt worden. Generalmajor
Müller, der seit dem Abgang des Generals Fortmüller die
Oberbefehlsvollmacht führte, tritt in seine bisherige
Dienststellung zurück, die er auch inzwischen weiter versehen
hat. In den Stab des Generals Maeder werden in der
Hauptstadt kassische Offiziere berufen werden.

Aus der demokratischen Bewegung.

Ammerdorf, 12. Sept. In Ammerdorf hielt gestern
abend der Demokratische Verein unter Leitung seines Vor-
sitzenden, Herrn Werner Troditz, eine Versammlung ab,
zu der Herr Dornbühl einen Vortrag übernommen
hatte. Seine Ausführungen über den Aufbau unserer Wirt-
schaftslebens, über Steuer- und Berufsfragen wurden
sehr beifällig aufgenommen und führten zu einer anregenden
Ausprache, in der vom Referenten noch mehrere an ihn ge-
stellte Anfragen beantwortet wurden.

Provinzial-Nachrichten.

† Heil, 11. Sept. (Ausgebliebene Bekäti-
gung.) Am 17. Juni d. J. erwählte die hiesige Stadt-
verordnetenversammlung sich für ihren zum Regie-
rungspräsidenten in Dresden ernannten Herrn Bürger-
meister in der Person des Seliger Bewohners des
Waldenburgerreviers, des unabhängigen Sozialisten
Köhler, ein neues Stadtbaurat. Bis heute konnte
es kein Amt nicht antreten, da seine Bestätigung durch
die Regierung noch nicht erfolgt ist. Der zukünftige
Regierungspräsident hat die Aktien sofort nach Eingang
an das preussische Ministerium des Innern weiter, das
aber noch nicht entschieden hat.

— Was Thüringen, 11. Sept. (Die neuen
Garnisonen.) Bei der Garnisonierung der Frei-
korps, die anfänglich der Heeresverminderung auf 250 000
Mann am 1. Oktober erfolgt, erhält das 11. Armee-
korps drei Reichswehrregimenten, Nummer 21, 22 und 25.
Jedes wird der Bataillone zugehört. Vom Reichswehr-
regiment 21 wird das 1. Bataillon in Coburg, das 2. in